

Niederschrift
über die Sitzung der Bezirksvertretung Mitte
am 13.09.2018

Tagungsort: Rochdale-Raum (Großer Saal, Altes Rathaus)
Beginn: 17:00 Uhr
Sitzungspause: 19:20 - 19:30 Uhr, 21:15 - 21:40 Uhr
Ende: 22:20 Uhr

Anwesend:

Vorsitz

Herr Hans-Jürgen Franz Bezirksbürgermeister

CDU

Frau Alexandra Heckeroth bis 22:05 Uhr anwesend

Herr André Langeworth

Herr Hartmut Meichsner Fraktionsvorsitzender ab 20:45 Uhr abwesend

SPD

Herr Tim Bevan ab 19:10 Uhr anwesend

Frau Heike Mertelsmann

Frau Veronika Rosenbohm

Herr Frederik Suchla Fraktionsvorsitzender

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Dieter Gutknecht Fraktionsvorsitzender

Herr Gerald Gutwald 1. stellv. Bezirksbürgermeister

Herr Matthias Löseke bis 20:30 Uhr anwesend

Frau Sabine Zeitvogel bis 22:05 Uhr anwesend

BfB

Herr Peter Wolff

FDP

Herr Franz-Josef Tewes bis 19:05 Uhr anwesend

Die Linke

Frau Marita Krüger

Herr Rüdiger Linde

Herr Peter Ridder-Wilkens Fraktionsvorsitzender ab 17:40 Uhr anwesend

Nicht anwesend:

Herr Kleinekathöfer Bündnis 90/Die Grünen

Herr Henningsen 2. stellv. Bezirksbürgermeister CDU

Von der Verwaltung

TOP

Frau Stude	Büro des Rates	
Herr Tobien	Büro des Rates, Schriftführer	
Herr Feldmann	Ordnungsamt	6, 7
Frau Dietz	Amt für Verkehr	8
Herr Helmer	Amt für Verkehr	9, 10
Herr Kühn	Amt für Verkehr	11
Herr Plein	Bauamt	19
Herr Beck	Bauamt	30
Herr Steinriede	Bauamt	30

Bürgerinnen und Bürger
Pressevertreter

Öffentliche Sitzung:

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Herr Bezirksbürgermeister Franz begrüßt die Anwesenden und stellt die form- und fristgerechte Einladung zur 40. Sitzung der Bezirksvertretung Mitte sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Er teilt mit, dass nach Versand der Einladung, aber noch innerhalb der Frist, eine Anfrage eingegangen und somit auf die Tagesordnung zu nehmen sei.

Auf Vorschlag von Herrn Bezirksbürgermeister Franz fasst die Bezirksvertretung Mitte folgenden

Beschluss:

Die Tagesordnung wird um die Punkte

3.6 Mitteilung zum Verbundforschungsprojekt "KlimaNetze"

4.4 Anfrage zum Sachstand Klosterplatz

ergänzt.

**Der Tagesordnungspunkt 19.1 wird in erster Lesung behandelt.
Der Tagesordnungspunkt 20 wird abgesetzt.**

Die Anträge zum nichtöffentlichen Tagesordnungspunkt 30 werden als TOP 5.5 und 5.6 öffentlich behandelt.

Die Mitteilung zu TOP 3.5 wird als Tagesordnungspunkt 23.2 behandelt, um eine Beratung zu ermöglichen.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 1

Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner des Stadtbezirks

Mitte

1.1

Frau Marxmeier, Anwohnerin der Lessingstraße, nimmt Bezug auf die Presseberichterstattung zur „Schönen Aussicht“ und fragt nach, ob diese zutreffend sei. Als erste Zusatzfrage möchte sie wissen, wie der Naturschutzbeirat und das Umweltamt zu den Planungen stehen und als zweite Zusatzfrage bittet sie die Bezirksvertretung Mitte um eine Einschätzung hinsichtlich einer präjudizierenden Wirkung für den Fall der Erteilung einer Baugenehmigung.

Herr Franz verweist darauf, dass es, wie bereits in der Presse nachzulesen, mögliche Investoren für ein Bauprojekt im Bereich der „Schönen Aussicht“ gebe. Hier seien aber schützenswerte Interessen Dritter betroffen und darum könne dies nur im nichtöffentlichen Teil behandelt werden. Bei den Tagesordnungspunkten 5.5 und 5.6 würden aber über zwei Anträge im öffentlichen Teil zu diesem Thema beraten werden, was viele Aspekte dieser Frage betreffen und beantworten werde. Die Zusatzfragen könnten erst dann beantwortet werden, wenn die Vorüberlegungen für

eine mögliche Entwicklung an dieser Stelle in ein konkreteres Stadium eingetreten seien.

1.2

Herr Koch, Anwohner im Hakenort, nimmt Bezug auf den Tagesordnungspunkt 19 und erklärt, dass ihm als Mieter eines betroffenen Hauses das Objekt vom Immobilienservicebetrieb zum Kauf angeboten worden sei. Bei diesem Gespräch sei ihm der Eindruck vermittelt worden, das es bisher keine weiteren Planungen gebe.

Herr Franz erklärt, dass für das Gebiet an der Petristraße / Ecke Hakenort der Bebauungsplan und der Flächennutzungsplan geändert werden sollen und dies schon seit längerer Zeit bekannt sei. Warum in diesem konkreten Einzelfall bei dem Objekt möglicherweise eine andere Aussage getroffen worden sei, könne er nicht beurteilen und werde die Fachverwaltung bitten, Herrn Koch ein entsprechendes Antwortschreiben (s. Anlage) zuzusenden.

1.3

Herr Fabek, Anwohner im Hakenort, fragt nach der Anzahl der Wohneinheiten im Stadtbezirk Mitte mit einer Kaltmiete von 4,69 € pro qm oder darunter. Er bittet um eine Auflistung mit der durchschnittlichen Wohnfläche und der durchschnittlichen Anzahl der Bewohnerinnen und Bewohner sowie um einen Bericht zur Mietpreisentwicklung seit 2009 in diesem Mietpreissegment. Ebenso möchte er Auskunft darüber, wie viele Wohneinheiten in städtischem Besitz seien.

Hierzu hält Herr Franz zunächst fest, dass eine Beantwortung von Fragen dieser Art und Umfangs von der Bezirksvertretung Mitte nicht im Rahmen einer Einwohnerfragestunde geleistet werden könne. Er weist auf den im Internet einsehbaren, jährlich fortgeschriebenen Wohnungsmarktbericht der Stadt Bielefeld hin, mit dem sich einige Indikatoren nachhalten ließen. Ebenso könne der Mieterverein vielleicht einige dieser Daten zur Verfügung stellen. Er werde die Fragen an das Bauamt weiterleiten und um Beantwortung bitten.

1.4

Herr Rosenke, Anwohner der Petristraße, nimmt Bezug auf das Bebauungsplanverfahren III/3/102.00 „Wohnen Petristraße / Hakenort“ und die dort geplanten Neubauten. Er erkundigt sich nach der Höhe der geplanten Kaltmieten und ob eine Tiefgarage geplant sei.

Herr Franz erläutert, dass es in einem Bebauungsplanverfahren zum Beispiel um die Möglichkeit der Bebaubarkeit von Flächen, um Wegebeziehungen und um Gebäudehöhen gehe. Ebenso gebe es den Grundsatzbeschluss der Stadt Bielefeld, bei neuen Bebauungsplanverfahren 25% der Wohneinheiten nach den Richtlinien des geförderten Wohnungsbaus einzurichten. Eine Aussage über die erwartbaren Mieten könne zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht getroffen werden.

1.5

Frau Skrobeck, Anwohnerin im Bereich des Hakenorts, vertritt die Auffassung, dass es dort einen Bedarf für ein Nachbarschaftszentrum gebe und dass sich das Gebäude Petristraße Nr. 2 dafür eignen würde. Sie fragt nach, warum „günstiger Wohnraum und ein möglicher Ort gesellschaftlicher Partizipation dem Profitinteresse eines Investors weichen“ sollen.

Herr Franz sieht in der Frage und der Beschreibung eine Präjudizierung, die er so nicht teilen könne. Beim Objekt Petristraße Nr. 2 handle es sich

um ein städtisches Gebäude, das seit Jahrzehnten auf einer geplanten Straßentrasse stehe und darum seien viele Investitionen und Sanierungen nicht vorgenommen worden. Angrenzend seien aber auch private Flächen und der Bebauungsplanentwurf sehe eine entsprechende Nachverdichtung und Neubebauung in diesem Areal vor, was zu mehr Wohneinheiten führen würde. Natürlich kenne er den durch Frau Skrobeck eingereichten Vorschlag eine Initiative für eine Nachnutzungsidee für das Haus Petristraße Nr. 2. Hierauf könne beim Tagesordnungspunkt 19 eingegangen werden.

-.-.-

Zu Punkt 2 **Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 39. Sitzung der Bezirksvertretung Mitte am 14.06.2018**

Zur Niederschrift gibt es keine Wortmeldungen.

Beschluss:

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung der Bezirksvertretung Mitte vom 14.06.2018 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- bei einer Enthaltung einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 3 **Mitteilungen**

Zu Punkt 3.1 **Straßenbeleuchtung Schlangenstraße**

Herr Tobien verliest eine Mitteilung des Amtes für Verkehr:

In der Schlangenstraße müssen sechszehn Masten aus Standortsicherheitsgründen ausgetauscht werden. Bei der Überprüfung musste zudem festgestellt werden, dass die Mastabstände für eine gleichmäßige Ausleuchtung der Straße zu groß sind. Deshalb sollen drei weitere Masten für die Straßenbeleuchtung aufgestellt und sieben Masten versetzt werden. Zwei zusätzliche Masten sollen auch mit LED-Leuchten vom Typ we-ef VFL 540 bestückt werden. In dem Bereich zwischen der Brückenstraße und dem Kuckucksweg sollen sechs Meter hohe Masten für eine bessere Ausleuchtung sorgen. Es handelt sich somit um eine Verbesserung der öffentlichen Straßenbeleuchtungsanlage. Derzeit wird geprüft, ob für Teile der Maßnahme Anliegerbeiträge anfallen. Die Gesamtkosten für diese Baumaßnahme betragen ca. € 42.500,-.

- Die Bezirksvertretung Mitte nimmt Kenntnis -

-.-.-

Zu Punkt 3.2

Straßenbeleuchtung Am Ellernkamp

Herr Tobien verliest eine Mitteilung des Amtes für Verkehr:

In der Straße Am Ellernkamp müssen vier Masten aus Standsicherheitsgründen und das vorhandene, bleiarmierte Erdkabel auf einer Länge von 220 Metern ausgetauscht werden. Bei der Überprüfung der Beleuchtungsanlage wurde festgestellt, dass die Mastabstände für eine gleichmäßige Ausleuchtung der Straße zu groß sind. Zudem ist eine Ausleuchtung des gegenüberliegenden Gehweges bei der vorhandenen Masthöhe nicht möglich. Deshalb sollen sechs Masten mit einer Masthöhe von sechs Metern für die Straßenbeleuchtung aufgestellt werden. Der zusätzliche Mast soll auch mit einer LED-Leuchte vom Typ we-ef VFL 540 bestückt werden. Es handelt sich somit um eine Verbesserung der öffentlichen Straßenbeleuchtungsanlage. Derzeit wird geprüft, ob für Teile der Maßnahme Anliegerbeiträge anfallen. Die Gesamtkosten für diese Baumaßnahme betragen ca. € 27.500,-.

- Die Bezirksvertretung Mitte nimmt Kenntnis -

-.-.-

Zu Punkt 3.3

Straßenbeleuchtung Laubstraße

Herr Tobien verliest eine Mitteilung des Amtes für Verkehr:

Die Stadtwerke Bielefeld sanieren in der Laubstraße ihre Versorgungsleitungen. In diesem Zuge soll das über 40 Jahre alte Bleikabel, als auch 4 Stück über 35 Jahre alte Masten getauscht werden. Zusätzlich werden drei weitere Masten aufgestellt. Die zusätzlichen Masten sollen, wie die Bestandsmasten, mit LED-Leuchten vom Typ we-ef VFL 540 bzw. im Verbindungsweg mit einer LED-Leuchte vom Typ we-ef VFL 530 bestückt werden. Es handelt sich somit um eine Sanierung und Verbesserung der öffentlichen Straßenbeleuchtung. Derzeit wird geprüft, ob für Teile der Maßnahme Anliegerbeiträge anfallen. Die Gesamtkosten für diese Baumaßnahme betragen ca. € 34.600,-.

- Die Bezirksvertretung Mitte nimmt Kenntnis -

-.-.-

Zu Punkt 3.4 **Beschlüsse zum Neubau oder der Verbesserung der Beleuchtung**

Herr Tobien verliest eine Mitteilung des Amtes für Verkehr:

Die dem Amt für Verkehr zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel für zusätzliche Investitionen in die Beleuchtung an Grünzug-, Radwegen, Parkanlagen oder auch Fußgängerüberwegen sind begrenzt. Dadurch ist eine zeitnahe Umsetzung der politischen Beschlüsse zum Neubau oder der Verbesserung dieser Beleuchtungsanlagen nicht immer möglich. Deshalb bittet das Amt für Verkehr bei zukünftigen Beschlüssen zeitgleich die Bereitstellung der entsprechenden Finanzmittel zu beschließen. Hierdurch kann eine Umsetzung im Rahmen der Haushaltsplanung sichergestellt werden.

- Die Bezirksvertretung Mitte nimmt Kenntnis -

-.-.-

Zu Punkt 3.5 **Beleuchtungsstelen in der Altstadt**

Die Mitteilung wird als TOP 23.2 behandelt.

-.-.-

Zu Punkt 3.6 **Verbundforschungsprojekt "KlimaNetze"**

Herr Tobien verliest eine Mitteilung des Umweltamtes:

Information zum Reallabor „Verkehrsräume umverteilen“ im Verbundforschungsprojekt „KlimaNetze“ – „Die Wilhelm verbindet“

Im Rahmen des Verbundforschungsprojekts „KlimaNetze“ haben die Mitglieder des ausgewählten Reallabors „Verkehrsräume umverteilen – Verständigungsprozess und Simulation“ am 01. September 2018 in der Wilhelmstraße einen Aktionstag durchgeführt. Es wurde in der Wilhelmstraße beispielhaft gezeigt, wie diese durch Umverteilung von Verkehrsflächen und Aufwertung des öffentlichen Raumes an Aufenthaltsqualität dazugewinnt. Am Aktionstag haben sich zahlreiche Anlieger/innen und Anwohner/innen der Wilhelmstraße beteiligt. Die Straße wurde als Flaniermeile zwischen Jahnplatz und Kesselbrink sehr intensiv genutzt, und es wurden fast 300 Fragebögen in der Wilhelmstraße ausgefüllt, mit denen das Nutzungsverhalten und Veränderungswünsche in der Wilhelmstraße erfasst wurden. Der Aktionstag wurde durch intensive Berichterstattung von den lokalen Medien begleitet.

Die Mitglieder des Reallabors sehen für den weiteren Prozess folgende Schritte vor:

- Okt. 18: Auswertung der Fragebögen und Darstellung der Ergebnisse in einer Broschüre
- Okt.18 bis Jan. 19: Seminar RWTH Aachen University; Studierende entwickeln Ideen für eine Wilhelmstraße mit mehr

Aufenthaltsqualitäten

- Okt./Nov. 18: Weitere Gespräche mit den Anlieger/innen
- 11.01.19, 15-18 Uhr: Öffentliche Präsentation und Diskussion der studentischen Arbeiten mit Verwaltung und Politik
- Jan./Feb. 19: Evaluationsworkshop des Reallabors
- Feb./März 19: Bericht über das Reallabor mit konkreten Empfehlungen für die politischen Gremien

- Die Bezirksvertretung Mitte nimmt Kenntnis -

-.-.-

Zu Punkt 4

Anfragen

Zu Punkt 4.1

Teerschicht auf dem Fußweg zwischen den Straßen: „Altstädter Kirchplatz“ und „Altstädter Kirchstraße“
Anfrage der Fraktion B90/Die Grünen (BV Mitte)

Beratungsgrundlage: Drucksachenummer: 7175/2014-2020

Frage:

Wann beabsichtigt die Verwaltung, die aufgetragene Teerschicht auf dem Fußweg zwischen der Straße „Altstädter Kirchplatz“ und der Straße: „Altstädter Kirchstraße“ zu entfernen oder entfernen zu lassen?

Antwort des Amtes für Verkehr:

Das Asphaltprovisorium diene während des Hochbauvorhabens in der Altstädter Kirchstraße zur Aufnahme des dortigen baustellenbedingten Schwerlastverkehrs. Dieses Provisorium sollte ab September 2017 in Abstimmung mit dem Investor zurückgebaut werden.

Der Rückbau ist derzeit noch nicht erfolgt, da ein weiteres Gebäude in der Altstädter Kirchstraße umgebaut werden soll. Für dieses Bauvorhaben wird ebenfalls eine provisorische Asphaltbefestigung zur Baustellenbeschickung benötigt.

Das Bauvorhaben wurde kürzlich begonnen und wird voraussichtlich im Jahr 2018 nicht mehr abgeschlossen werden. Daher wird das Asphaltprovisorium auch in den ersten Monaten des Jahres 2019 noch benötigt werden. Das Amt für Verkehr hat die Hochbaumaßnahme im Blick und wird nach deren Abschluss der Bezirksvertretung Mitte zum weiteren Vorgehen hinsichtlich der Asphaltsschicht berichten.

Herr Gutknecht erklärt in einer persönlichen Stellungnahme, dass er gespannt sei, ob die Kosten für die Entfernung nach Abschluss der Baumaßnahme von der Kommune zu tragen seien.

Herr Meichsner nimmt zur Antwort Stellung und regt an, einen Wettbewerb zur Bemalung und damit zur Verschönerung dieser Fläche auszu-schreiben.

- Die Bezirksvertretung Mitte nimmt Kenntnis -

-.-.-

Zu Punkt 4.2

**Stand der Diskussion hinsichtlich der Schaffung von
Fahrradabstellanlagen Jahnplatz und am Hauptbahnhof
Anfrage der CDU-Fraktion (BV Mitte)**

Beratungsgrundlage: Drucksachenummer: 7225/2014-2020

Frage:

Während der Sommerpause ist in der Presse mehrfach über die Neuschaffung von Fahrradabstellanlagen am Jahnplatz (unterirdisch) und am Hauptbahnhof berichtet worden. Wie ist der Sachstand?

Zusatzfrage 1:

Wie steht die Verwaltung zu den Projekten?

Zusatzfrage 2:

Wie sind die Realisierungschancen der geforderten Projekte in sächlicher und finanzieller Hinsicht?

Antwort des Amtes für Verkehr:

Bei der Fahrradabstellanlage am Jahnplatz (unterirdisch) handelt es sich bislang nur um eine Planungsidee im Rahmen der Umgestaltung des Jahnplatzes. Weiführende Überlegungen zu diesem Fahrradparkhaus existieren noch nicht.

Die Radstation am Hauptbahnhof entspricht nicht mehr dem Stand der Technik. Sowohl das gesamte Erscheinungsbild als auch die Ausstattung der Radstation sind erneuerungsbedürftig. Zusätzlich muss der bisherige Standort, auf Grund von Bestrebungen der DB das Gebäude 2019 auf Grund baulicher Mängel und teilweise anderweitiger Nutzungsabsichten abzureißen, aufgegeben werden.

Für die Zukunft der Radstation wurde eine Machbarkeitsstudie beauftragt. Die Machbarkeitsstudie wird sich auch mit der Übergangssituation zwischen Abriss der bestehenden Radstation und dem Neubau befassen. Die Erarbeitung der Machbarkeitsstudie wird vom Verkehrsverbund OWL (VVOWL) mit 90 % gefördert.

Zur Zusatzfrage 1:

Ein hochwertiges Angebot an Abstellanlagen im Umfeld attraktiver Ziele für den Radverkehr und an Verknüpfungspunkten mit weiteren Verkehrsträgern ist ein wichtiger Baustein der Radverkehrsförderung. Hier nimmt der Hauptbahnhof mit der multimodalen Verknüpfung von Schienen-Personen-Fernverkehr (SPFV), Schienen-Personen-Nahverkehr (SPNV) und ÖPNV eine Schlüsselposition ein. Im Juni 2016 hat der Stadtentwicklungsausschuss der Verwaltung den Auftrag erteilt mögliche Optionen zur Fortführung der Radstation, einschließlich Neu-

bau, zu untersuchen (DS Nr.- 3250/2014-2020).

Eine Fahrradabstellanlage im Bereich des Jahnplatzes stellt einen möglichen Baustein im Bereich der Multimodalität am Jahnplatz dar, allerdings nur ergänzend zu oberirdischen, zentralen und kostenlosen Fahrradabstellanlagen. Eine Abstellanlage am Jahnplatz kann eine Radstation am Hauptbahnhof, auf Grund der Entfernung und der Erreichbarkeit, nicht ersetzen.

Zur Zusatzfrage 2:

Eine Radstation gehört zum festen Bestandteil von Mobilitätsangeboten an Bahnhöfen in Großstädten. Der Neubau von Radstationen ist grundsätzlich förderfähig. Die Förderquote beträgt bis zu 80 %.

Ein Fahrradparkhaus am Jahnplatz ist abhängig von der Gesamtplanung des Jahnplatzes.

Herr Gutknecht nimmt dazu Stellung und erklärt, dass zwischen dem Abriss der alten Radstation und der Umsetzung der Machbarkeitsstudie ein längerer Zeitraum liegen würde. Hier müsse die Verwaltung vorübergehende Abstellmöglichkeiten schaffen. Dazu ergänzt Herr Franz, dass im Stadtentwicklungsausschuss beschlossen worden sei, für eine Übergangszeit eine Übergangslösung in Bahnhofsnähe bereit zu stellen.

- Die Bezirksvertretung Mitte nimmt Kenntnis -

Zu Punkt 4.3

Bericht zur Anfrage Parkstreifen Radrennbahnweg

Herr Tobien verliest eine Mitteilung des Amtes für Verkehr:

Ein Bericht zum Ausbau eines Parkstreifens am Radrennbahnweg kann derzeit nicht gegeben werden, da sich die Personalsituation in der Verkehrswegeplanung nicht gebessert hat, sondern durch längerfristige, krankheitsbedingte Ausfälle weiterhin verschlechtert hat. Wir möchten daraufhin weisen, dass diese Maßnahme, aufgrund der zahlreich beteiligten Fachämter, einen nicht unerheblichen Abstimmungsbedarf erfordert. Diese internen Abstimmungen werden in Kürze aufgenommen. Sobald hierzu Ergebnisse vorliegen, wird die BV Mitte informiert.

Herr Franz hält das Missfallen und Unverständnis der Bezirksvertretung Mitte darüber fest, dass der amtsinterne Abstimmungsprozess über ein Jahr lang nicht initiiert wurde.

- Die Bezirksvertretung Mitte nimmt Kenntnis -

Zu Punkt 4.4

Sachstand Klosterplatz **Anfrage der CDU-Fraktion (BV Mitte)**

Beratungsgrundlage: Drucksachenummer: 7234/2014-2020

Frage:

Aus welchen Gründen ist die Verwaltung untätig bezüglich der Beseitigung der „Stolperfallen“, der Verbesserung des optischen Erscheinungsbildes und Neugestaltung des Klosterplatzes geblieben?

Zusatzfrage:

Welche finanziellen Mittel für die o. g. Maßnahmen sind in welcher Höhe vorhanden oder müssten in den nächsten Haushalt eingestellt werden?

Antwort vom Amt für Verkehr:

Inhaltlich gelten weiterhin die Aussagen der Verwaltung zur Sitzung der BV Mitte am 30.03.17.

Derzeit können am Klosterplatz nur Reparaturmaßnahmen zur Aufrechterhaltung der Verkehrssicherungspflicht durchgeführt werden. Dazu hat der Bauhof des Umweltbetriebes in den letzten drei Jahren mehr als 90 Einzelreparaturen durchgeführt.

Aufgrund der Hochwurzel-Problematik der Bäume und der umliegenden Gebäudeanschlusshöhen ist nur eine grundhafte Sanierung, ggfs. verbunden mit einer städtebaulichen Umgestaltung, zielführend.

Derzeit ist der Klosterplatz in keinem Förderprogramm enthalten. Sollte eine zeitnahe Realisierung angestrebt werden, müsste nach einem entsprechenden Planungsprozess eine Finanzierung aus städtischen Eigenmitteln erfolgen.

Nach bisherigen Kostenschätzungen wäre ein Betrag von etwa 200.000 € für eine Sanierung im unmittelbaren Umfeld der Bäume erforderlich, für eine nachhaltige Gesamtsanierung einschließlich städtebaulicher Umgestaltung beläuft sich die Kostenschätzung auf ca. 1.000.000 €.

Herr Meichsner nimmt dazu Stellung und erklärt, dass seine Fraktion seit 2014 auf bauliche Verbesserungen des Klosterplatzes dränge. Der Klosterplatz sei damals aus Förderprogrammen zugunsten der Lutter herausgenommen worden und seither sei nichts geschehen, um den Platz aufzuwerten. Hier müsse die Verwaltung nun handeln.

- Die Bezirksvertretung Mitte nimmt Kenntnis -

Zu Punkt 5

Anträge

Zu Punkt 5.1

Verbesserung der Verkehrs- und Abstell-situation für Radfahrer im Bereich des Rathauses
Antrag der Fraktion B90/Die Grünen (BV Mitte)

Beratungsgrundlage: Drucksachenummer: 7141/2014-2020

Herr Gutwald stellt den Antrag vor und regt an, auch in der Tiefgarage des Neuen Rathauses Stellplätze für Räder zur Verfügung zu stellen. Hinsichtlich möglicher Pläne für eine neue gastronomische Nutzung des Ratskellers bittet er, diese bei der Planung für den Stellflächenbedarf mit einzuberechnen. Er erwarte den Bericht zur nächsten Sitzung.

Herr Meichsner bedauert, dass vieles aus den mit der Verwaltung zu dieser Thematik geführten Gesprächen nicht umgesetzt worden sei. Er weist darauf hin, dass viele Radfahrerinnen und Radfahrer einerseits mit dem Rat in die Innenstadt fahren würden, dann aber nicht bereit seien, ihre Räder an den bestehenden Abstellplätzen anzuschließen, sondern widerrechtlich direkt vor den jeweiligen Zielpunkten ihre Räder abschließen, um nicht einen Meter mehr als nötig zu Fuß gehen zu müssen.

Herr Franz gibt zu bedenken, dass die Tiefgarage verpachtet sei und sich damit die Stellplätze nicht im unmittelbaren Zugriff der Verwaltung befänden.

Beschluss:

Die Verwaltung wird gebeten, einen Bericht zur Verkehrssituation rund um das Rathaus für Radfahrer zu geben und Vorschläge für Verbesserungsmöglichkeiten zu entwickeln.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 5.2

Finanzierungsmöglichkeiten für die Erweiterung des Besucherinformationssystem auf der Sparrenburg
Antrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen (BV Mitte)

Beratungsgrundlage: Drucksachenummer: 7177/2014-2020

Herr Gutknecht verändert mit Blick auf die überbezirkliche Zuordnung der Sparrenburg seinen Antrag dahingehend, dass die Bezirksvertretung Mitte dem Stadtentwicklungsausschuss einen entsprechenden Beschluss empfehlen möge. Herr Meichsner ergänzt, dass hinsichtlich der Informationstafeln und der Audioguides auch der Immobilienservicebetrieb und Bielefeld Marketing involviert seien.

Auf Vorschlag von Herrn Franz fasst die Bezirksvertretung Mitte folgenden

Beschluss:

1. Die Bezirksvertretung Mitte empfiehlt dem Stadtentwicklungsausschuss, zusammen mit dem Immobilienservicebetrieb und Bielefeld Marketing nach Finanzierungsmöglichkeiten zu suchen, um die damals angedachte QR-Code Nutzung auf den Informationstafeln der Sparrenburg im Internet zu platzieren oder die Anschaffung von Audioguides zu ermöglichen.

2. Die Verwaltung möge die Kosten der beiden Varianten darlegen.

- abweichend vom Beschlussvorschlag einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 5.3

Vorfahrtsregelungen für den Fahrradverkehr

Antrag der Fraktion Die Linke (Bezirksvertretung Mitte)

Beratungsgrundlage: Drucksachenummer: 7184/2014-2020

Nachdem Herr Ridder-Wilkens den Antrag vorgestellt hat, schlägt Herr Gutknecht vor, diese Prüfung auf den gesamten Bereich des Bezirks Mitte auszuweiten.

Herr Meichsner sieht Gefahren für Fußgängerinnen und Fußgänger, die bei „Grün“ die zu kreuzende Straße überquerenden, wenn Radfahrerinnen und Radfahrer trotz „Rot“ rechts in deren Straße einbiegen dürften. Er befürwortet daher eine Lösung wie in Paderborn, wo es eine eigene Signalisierung für Radfahrerinnen und Radfahrer an geeigneten Kreuzungen gebe.

Herr Franz fasst die Wortbeiträge zu einem neuen Antrag mit zwei Ziffern zusammen und lässt auf Bitte von Herrn Meichsner getrennt darüber abstimmen.

Beschluss:

Die Bezirksvertretung bittet die Verwaltung zu überprüfen,

1. ob eine Durchfahrt für Fahrräder auch bei roter Ampelschaltung zum Beispiel an folgenden Kreuzungen möglich ist:

Jöllenbecker Straße / Melanchthonstraße (hierbei geht es um den Fahrradstreifen auf der Jöllenbecker Straße stadtauswärts) und Niederwall / Kreuzstraße (hierbei geht es um den Fahrradstreifen bei der Fahrt vom Niederwall nach rechts in die Kreuzstraße)

- mit großer Mehrheit beschlossen -

2. unter welchen Bedingungen eine Sonderregelung für rechtsabiegende Radfahrerinnen und Radfahrer bei roten Ampelschaltungen im Innenstadtbereich möglich wäre.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 5.4

Überprüfung der Gefährdungssituation im Bereich Gutenbergstraße / Melanchthonstraße Antrag der Fraktion Die Linke (Bezirksvertretung Mitte)

Beratungsgrundlage: Drucksachenummer: 7185/2014-2020

Herr Franz informiert darüber, dass nächste Woche die Projektgruppe „Verkehrskonzept Bielefelder Westen“ tagen werde. Der im vorliegenden Antrag angesprochene Aspekt der Verkehrssicherheit sei von dieser Thematik erfasst und er empfehle, diesen Antrag als Arbeitsauftrag in die Projektgruppe zu geben.

Herr Ridder-Wilkens teilt diese Auffassung nicht und hält den Antrag aufrecht.

Herr Meichsner und Herr Gutknecht stimmten Herrn Franz zu und bitten darüber abstimmen zu lassen, den Antrag in die Projektgruppe zu verweisen.

Herr Ridder-Wilkens betont, dass seiner Ansicht nach in der Projektgruppe ganz andere Schwerpunkte gesetzt seien und es Monate bis zur Vorlage des Gutachtens dauern werde. Ziel seines Antrags sei es, sich umgehend mit der Problemlage zu beschäftigen.

Nach kurzer Diskussion über Verfahrensfragen bittet Herr Franz die Verwaltung um Stellungnahme, ob über einen bereits verwiesenen Antrag trotzdem auf Wunsch des Antragstellers abzustimmen sei. Ebenfalls bittet er das Amt für Verkehr um eine kurze Stellungnahme, ob der im Antrag skizzierte Bereich bislang als Unfallschwerpunkt hervor getreten sei.

Beschluss:

Der Antrag mit der Drucksachenummer 7185/2014-2020 wird als Arbeitsauftrag an die Projektgruppe „Verkehrskonzept Bielefelder Westen“ gegeben.

- einstimmig bei einigen Enthaltungen beschlossen -

Die Tagesordnungspunkte 5.5 und 5.6 werden zusammen behandelt.

Zu Punkt 5.5

Perspektiven für die weitere Entwicklung des Objektes „Schöne Aussicht“ an der Promenade Gemeinsamer Antrag der Fraktionen SPD, Bündnis90/Die Grünen und CDU (BV Mitte)

Beratungsgrundlage: Drucksachenummer: 7258/2014-2020

Herr Franz berichtet, dass sich die Fraktionsvorsitzenden und Einzelvertreter darauf verständigt hätten, die zwei Anträge aus dem nichtöffentlichen Teil der Tagesordnung öffentlich zu beraten und verliest sodann den gemeinsamen Antrag der Fraktionen SPD, Bündnis90/Die Grünen und CDU sowie den Antrag der Fraktion Die Linke.

Herr Meichsner weist darauf hin, dass in der Presseberichterstattung zu lesen gewesen sei, dass es für den Bereich der „Schönen Aussicht“ einen Bebauungsplan mit Gastronomiefestsetzung gäbe. Dies sei nicht der Fall, da es für den vorhabenbezogenen Bebauungsplan noch viele zu klärende Fragen gäbe und dieser darum über das Stadium des Aufstellungsverfahrens noch nicht hinaus gekommen sei.

Herr Franz weist zu Punkt 3 des Antrags der Fraktion Die Linke darauf hin, dass die Gartenanlage nie der Öffentlichkeit zugänglich gewesen sei.

Herr Ridder-Wilkens hebt den Symbolwert des Objekts hervor und erteilt den in der Lokalpresse vorgestellten Plänen für Luxuswohnungen an dieser Stelle eine klare Absage.

Herr Gutknecht betont, dass man sich sehr oft mit Plänen für diesen Bereich in der Bezirksvertretung Mitte beschäftigt habe, ohne dass von einem Investor ein Konzept vorgelegt worden sei, das dort eine Realisierung ermöglichen würde. Darum sehe er Anträge kritisch, die bereits restriktiv im Vorfeld eine bestimmte Nutzungsform vorgeben oder ablehnen würden. Er wünsche sich eine Nutzung des Objekts und keinen weiteren Verfall.

Herr Suchla erklärt, dass der gemeinsame Antrag die Rahmenbedingungen für eine stadtverträgliche Lösung vorgebe und schlägt Herrn Ridder-Wilkens vor, seinen Antrag zurück zu stellen.

Da Herr Ridder-Wilkens den Antrag seiner Fraktion aufrechterhält, lässt Herr Franz einzeln über die Anträge abstimmen.

Beschluss:

1.) Die Bezirksvertretung Mitte begrüßt grundsätzlich jede stadtverträgliche Weiterentwicklung und Nutzung des Objektes „Schöne Aussicht“. Dies kann eine Wohnnutzung explizit einschließen.

2.) Für das Objekt bestehen besondere planungsrechtliche Bedingungen: Lage im Außenbereich nach § 35 BauGB, bauliche Veränderungen sind hierbei nur in bzw. mit dem Bestandsgebäude zulässig, Lage im Naturschutzgebiet und in unmittelbarer Nähe zum FFH-Gebiet Sparrenburg.

Diese planungsrechtlichen Bedingungen sind auch für eine erneute Weiterentwicklung der „Schönen Aussicht“ maßgebend: Eine neue Planung für das Objekt ist ausgehend von dem Bestandsgebäude zu entwickeln und sollte an dem Rahmen der vorhandenen Kubatur des Objektes orientiert sein.

3.) Für neue Planungen von möglichen Um- oder Ausbauten des Objektes sind die Beschlüsse der Bezirksvertretung Mitte zu der vorherigen Planung für eine Apartment- / Hotelnutzung maßgebend mit der Bedingung, dass die noch offenen Fragen geklärt werden.

- mit großer Mehrheit beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 5.6 **Antrag der Fraktion DIE LINKE (BV Mitte) zur "Schönen Aussicht"**

Beratungsgrundlage: Drucksachenummer: 7276/2014-2020

Die Beratung erfolgte zusammen mit Tagesordnungspunkt 5.5 .

Beschluss:

- 1) Die „Schöne Aussicht“ bleibt als Gastronomiebetrieb bestehen.
- 2) Neue Nutzungskonzepte haben dieses zu berücksichtigen.
- 3) Die Gartenanlage bleibt für die Öffentlichkeit zugänglich.

- mit großer Mehrheit abgelehnt -

-.-.-

Zu Punkt 6 **Situation im Ravensberger Park**

Die Tagesordnungspunkte 6.1 und 6.2 werden zusammen behandelt.

Zu Punkt 6.1 **Mündlicher Bericht**

Herr Feldmann (Amtsleiter des Ordnungsamtes) beschreibt ausführlich die Handlungsweisen und Handlungskonzepte von Ordnungsamt und Polizei und hebt dabei hervor, dass die Präsenz und die Kontrollen verstärkt worden seien. Zusammen mit dem Umweltbetrieb habe man zudem über Pflanzenrückschnitte Sichtfenster geschaffen und der Immobilienservicebetrieb überprüfe die Möglichkeiten, an den Eingängen für zusätzliche Beleuchtung zu sorgen. Ebenfalls habe man sich bei einem Treffen mit allen Nutzerinnen und Nutzern des Ravensberger Parks ausgetauscht und werde im Oktober oder November ein weiteres Treffen hierfür einberufen.

Auf Nachfrage von Herrn Linde zählt er auf, welche Straftaten und Ordnungswidrigkeiten registriert wurden und hält fest, dass hier kein Kriminalitätsschwerpunkt vorläge. Insbesondere der lange Sommer habe zu bisher eher selten zu beobachtenden Entwicklungen beigetragen.

Zur Nachfrage von Herrn Langeworth berichtet er, dass der Zentrale Außen- und Vollzugsdienst im Rahmen seiner personellen Möglichkeiten auch die anderen Stadtparks bestreife und sich eine wahrnehmbare Präsenz als hilfreich erwiesen habe.

- Die Bezirksvertretung Mitte nimmt Kenntnis -

-.-.-

Zu Punkt 6.2

Aufräum-Aktion Ravensberger Park
Anfrage der CDU-Fraktion (BV Mitte)

Beratungsgrundlage: Drucksachenummer: 7131/2014-2020

Frage:

Unter Bezugnahme auf den Presseartikel in der NW vom 8. August 2018 „Neue Gruppe räumt auf“ und der Handlungszusage des Ordnungsamtes stellen wir die folgende Frage: Wie ist der Sachstand?

Herr Feldmann berichtet zum Thema Vermüllung, dass der Ravensberger Park mit dem Pflegelevel 2 eingestuft sei und somit zweimal wöchentlich und am Wochenende gereinigt werde. Sofern der Pflegelevel angehoben werden solle, müsse dies die Bezirksvertretung Mitte entsprechend beschließen. Damit würde dann vermutlich verbunden sein, dass andere Bereiche zurück gestellt werden müssten. Zur in der Presse hervorgehobenen Müllsammelaktion berichtet er, dass der Umweltbetrieb dies grundsätzlich begrüßt und der Gruppe seine Unterstützung angeboten habe. Dazu sei dann aber keine Reaktion erfolgt.

- Die Bezirksvertretung Mitte nimmt Kenntnis -

-.-.-

Zu Punkt 7

Ordnungsbehördliche Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen an Sonn- und Feiertagen

Beratungsgrundlage: Drucksachenummer: 7086/2014-2020

Herr Ridder-Wilkens sieht eine Verbesserung zu den vergangenen Jahren und erklärt, dass seine Fraktion generell gegen Verkaufsöffnungszeiten an Sonntagen sei und die Vorlage ablehnen werde.

Frau Rosenbohm verweist darauf, dass es sich hier um Landesrecht handle und die Bezirksvertretung Mitte die Vorlage nur zur Kenntnis nehmen könne.

Herr Franz verweist auf den Wegfall von verkaufsoffenen Sonntagen im Stadtbezirk Mitte aufgrund der Rechtsunsicherheiten und regt an, dem Rat zu empfehlen, mit einer Resolution dem Landtag eine Überarbeitung vorzuschlagen, um für Planungssicherheit zu sorgen.

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Mitte nimmt die Vorlage zur Kenntnis und empfiehlt dem Rat der Stadt Bielefeld, eine Resolution an den Landtag zu richten, mit dem Ziel, baldmöglichst eine Überarbeitung der rechtlichen Regelungen vorzunehmen, um zu einer Rechts- und Planungssicherheit für Städte und Gemeinden zu kommen.

- abweichend vom Beschlussvorschlag einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 8

Verkehrsversuch Jahnplatz

Zu Punkt 8.1

Sachstandbericht der Verwaltung

Frau Dietz (Amt für Verkehr) bestätigt den von Herrn Franz gewonnenen Eindruck, dass der Verkehrsversuch bislang überraschend störungsfrei verlaufe. Sie berichtet über die bisherigen Beobachtungen und die bei der Umsetzung gewonnenen Erfahrungen. Bei einer Ampel habe man die Grün-Zeiten für den Kfz-Verkehr verlängert, um einen zu langen Rückstau zu vermeiden. Ebenso sei an einer Stelle die Markierung zu korrigieren gewesen. In die November-Sitzung der Bezirksvertretung Mitte werde dann der Evaluationsbericht vorgelegt. Der Erhebungsraum sei dabei über den Jahnplatz hinaus auf beispielsweise die Turnerstraße und die August-Bebel-Straße ausgeweitet worden. Die Querung des Niederwalls durch die Fußgängerinnen und Fußgänger habe eine deutliche Verbesserung erfahren, aber die Radfahrerinnen und Radfahrer würden die neu eingerichtete Umweltpur noch nicht im erwarteten Umfang nutzen.

Frau Heckeroth verweist auf den erhöhten Verkehr in der Turnerstraße und die Schwierigkeiten, um von der Friedrich-Verleger-Straße nach rechts in die Turnerstraße abbiegen zu können. Die Querung von Bus- und Radweg-Streifen würden dort ein Abbiegen erschweren.

Herr Meichsner vertritt die Auffassung, dass im Kreuzungsbereich der Löwenapotheke die Verkehrsführung nicht der StVO entspreche und geändert werden müsse. Die positive Einschätzung des Amtes für Verkehr zum Verkehrsversuch teile er nicht. Er beschreibt die Fahrwege des Radverkehrs und sieht die Notwendigkeit, dass insbesondere für den Fußgängerverkehr und dessen Sicherheit etwas getan werden müsse.

Herr Suchla nimmt Bezug auf die im Vorfeld geäußerten Bedenken und erklärt, dass diese Prognosen selbst in der Zeit nach den Ferien nicht eingetroffen seien und der Verkehrsversuch positiv verlaufe. Natürlich gebe es Bedarf, an einigen Stellen nach zu justieren, aber genau das mache ja einen Versuch aus. Dem stimmt Herr Ridder-Wilkens zu und hebt hervor, dass man auf dem Oberntorwall als Radfahrer dank der neuen Spur sogar die Autos überholen könne.

Auch Herr Gutknecht begrüßt den bisherigen Verlauf des Verkehrsversuchs und berichtet, dass im August die gemessenen NOx-Werte im Grenzwertbereich geblieben seien und ein Fahrverbot durch die neue Verkehrsführung so abwendbar sei.

- Die Bezirksvertretung Mitte nimmt Kenntnis -

Zu Punkt 8.2

Einrichtung einer Projektgruppe zu den Planungen für die Umgestaltung des Jahnplatzes
Gemeinsamer Antrag der Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und CDU (Bezirksvertretung Mitte)

Beratungsgrundlage: Drucksachenummer: 7190/2014-2020

Über die Vorlage hinaus besteht kein weiterer Beratungsbedarf.

Beschluss:

Die Bezirksvertretung empfiehlt dem Stadtentwicklungsausschuss, eine begleitende Projektgruppe zu den laufenden Planungen für die Umgestaltung des Jahnplatzes einzurichten, an der die Bezirksvertretung Mitte angemessen zu beteiligen ist.

Darüber hinaus empfiehlt die Bezirksvertretung, an einer solchen Projektgruppe für die Jahnplatz- Gestaltung Vertreter/innen weitere Interessengruppen wie z. B. Handelsverband, IHK, Kaufmannschaft, Verkehrsverbände zu beteiligen.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 9

Sachstand zum Neubau eines Hochbahnsteiges am Krankenhaus Mitte

Beratungsgrundlage: Drucksachenummer: 7112/2014-2020

Auf Nachfrage von Herrn Franz erklärt Herr Helmer (Amt für Verkehr), dass der Plan aus der Drucksachenummer 4756/2014-2020 unverändert und darum nicht erneut beigelegt worden sei. Er nimmt die Anregung von Herrn Franz auf, zukünftig in den Vorlagen darauf hinzuweisen, sofern es keine Veränderungen zu dem bisherigen Planungsstand gebe und darum kein Plan beigefügt sei.

Herr Langeworth gibt zu bedenken, dass vor der Apotheke Stellplätze wegfallen würden und die Ersatzmöglichkeiten im entstehenden Parkhaus für die nur kurz parkenden Kunden der Apotheke keine echte Alternative seien. Hierzu erklärt Herr Helmer, dass die Stellplätze nach Rücksprache mit der Feuerwehr weichen mussten, man aber im Gespräch sei, ob nur eine kleinere Verschiebung erfolgen müsse.

- Die Bezirksvertretung Mitte nimmt Kenntnis -

-.-.-

Zu Punkt 10

Sachstand zur Neugestaltung des Straßenraumes August-Bebel-Straße / Oelmühlenstraße mit einem neuen Hochbahnsteig „Marktstraße“

Beratungsgrundlage: Drucksachenummer: 7113/2014-2020

Herr Helmer führt aus, dass zunächst die Bezirksregierung das Planfeststellungsverfahren durchführe und sich die Ausführungsplanung dann daran anschließe. Bei der Diskussion über die Ausführungsplanung werde dann die Möglichkeit bestehen, Detailfragen zu klären und gegebenenfalls Änderungen vorzunehmen.

Herr Langeworth erklärt, dass lt. Vorlage im Bereich der Oelmühlenstraße 1-3 für eine Feuerwehraufstellfläche weitere Stellplätze entfallen würden. Er bittet um Erläuterung, wie viele Stellplätze im Vergleich zur ursprünglich in der Bürgerinformationsveranstaltung vorgestellten Planung entfallen würden.

Herr Suchla spricht den Wegfall der Bäume an und bittet um Erläuterung, warum dies nicht abwendbar sei.

Herr Helmer teilt mit, dass drei weitere Stellplätze entfallen müssten und erklärt die Gründe dafür. Die Bäume seien alt und schon kurz vor ihrer Abgängigkeit, hinzu komme eine anstehende Kanalbaumaßnahme. Diese würde vermutlich das Wurzelwerk so stark beschädigen, dass die Bäume ohnehin nicht verbleiben könnten. Ebenso werde der Hochbahnsteig einen erhöhten Platzbedarf haben, so dass in Summe die Bäume nicht zu erhalten seien. Selbstverständlich aber erfolge eine Ersatzbepflanzung.

- Die Bezirksvertretung Mitte nimmt Kenntnis -

-.-.-

Zu Punkt 11

Erweiterung der Parkraumbewirtschaftung im Stadtbezirk Mitte; Anpassungen Gebiet P (Meller Straße)

Beratungsgrundlage: Drucksachenummer: 7129/2014-2020

Herr Franz berichtet, dass die Firma Hymmen eine Sonderregelung der Parkraumbewirtschaftung in dem Gebiet P angeregt hatte, was aber von der Verwaltung abgelehnt werde.

Herr Kühn (Amt für Verkehr) erläutert die Sicht der Verwaltung zum Vorschlag und hebt insbesondere hervor, dass das Ziel der Parkraumbewirtschaftung gewesen sei, Parkflächen für die Anwohnerinnen und Anwohner bereit zu stellen. Eine Erhebung in dem Gebiet nach Einführung der Parkraumbewirtschaftung habe eine erhebliche Verbesserung für die Anwohnerinnen und Anwohner ergeben. Zudem gebe es in diesem Gebiet eine sehr gute Stadtbahnbindung. Sollte das Amt für Verkehr diesen exponierten Bereich aus der Parkraumbewirtschaftung heraus nehmen, könne davon ausgegangen werden, dass wieder sehr viele in der Innenstadt arbeitende Menschen hier aufgrund der Nähe parken würden und die Anwohnerinnen und Anwohner als auch die Mitarbeiterinnen und

Mitarbeiter der Firma Hymmen keine Stellplätze mehr hätten. Auch sei mit „Verlagerungsparkern“ aus dem angrenzenden Gebiet O zu rechnen.

Zur Nachfrage von Herrn Langeworth erklärt Herr Kühn, dass es bislang in keinem Gebiet mit Parkraumbewirtschaftung einen ähnlichen Präzedenzfall gebe.

Herr Franz verweist auf die der Bezirksvertretung Mitte zustehenden Rechte und erklärt, dass die Bezirksvertretung Mitte das entscheidungsbefugte Gremium sei.

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Mitte beschließt die Beibehaltung der derzeitigen Regelung der Parkraumbewirtschaftung im Gebiet P (Meller Straße).

- abweichend vom Beschlussvorschlag einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 12

Erlass einer Allgemeinverfügung nach § 58 Abs. (4) Landesnaturschutzgesetz (LNatSchG) und Festlegung von Reitverboten nach § 58 (5) LNatSchG auf ausgewählten Wanderwegen (Reitwegekonzept)

Beratungsgrundlage: Drucksachenummer: 6538/2014-2020/1

Über die Vorlage hinaus besteht kein weiterer Beratungsbedarf.

- Die Bezirksvertretung Mitte nimmt Kenntnis -

-.-.-

Zu Punkt 13

Erlass einer Satzung über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Kommunalabgabengesetz (KAG NRW) für straßenbauliche Maßnahmen in der Straße Siekerwall von Am Bach bis Kreuzstraße

Beratungsgrundlage: Drucksachenummer: 6612/2014-2020

Über die Vorlage hinaus besteht kein weiterer Beratungsbedarf.

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Mitte empfiehlt dem Rat der Stadt folgenden Beschluss:

Die Satzung über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Kommunalabgabengesetz (KAG NRW) für straßenbauliche Maßnahmen in der Straße Siekerwall von Am Bach bis Kreuzstraße wird entsprechend der Vorlage beschlossen.

- mit großer Mehrheit beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 14

**Umsetzung des Beschlusses des Schul- und Sportausschusses
zum OGS-Ausbau vom 01.09.2015
hier: Weiteres Vorgehen ab 2019**

Beratungsgrundlage: Drucksachenummer: 6758/2014-2020

Über die Vorlage hinaus besteht kein weiterer Beratungsbedarf.

- Die Bezirksvertretung Mitte nimmt Kenntnis -

Zu Punkt 15

**Wirtschaftsplan 2019 des Immobilienservicebetriebes;
bezirksbezogene Baumaßnahmen im Stadtbezirk Mitte**

Beratungsgrundlage: Drucksachenummer: 6997/2014-2020

Herr Langeworth schlägt vor, die Vorlage nur unter dem Vorbehalt zu beschließen, dass die aufgeführten Maßnahmen in der Bezirksvertretung Mitte noch vorgestellt werden.

Herr Franz verweist auf die Systematik des Wirtschaftsplans, der zunächst die Finanzierung beabsichtigter Maßnahmen abbilde. Die tatsächlichen Maßnahmen und die Form ihrer Ausführung müssten entsprechend ihren Rechten in der Bezirksvertretung Mitte vorgestellt und gegebenenfalls beschlossen werden.

Auf Vorschlag von Herrn Franz fasst die Bezirksvertretung Mitte folgenden

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Mitte nimmt die vom Immobilienservicebetrieb geplanten Baumaßnahmen gemäß Anlage zur Kenntnis und geht davon aus, dass diese Projekte entsprechend in der Bezirksvertretung Mitte vorgestellt werden.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 16

Haushalt 2019 für den Stadtbezirk Mitte

Beratungsgrundlage: Drucksachenummer: 7016/2014-2020

Über die Vorlage hinaus besteht kein weiterer Beratungsbedarf.

Beschluss:

- 1. Aus organisatorischen Gründen werden folgende Produktgruppen neu bezeichnet:**

	<u>alt</u>	<u>neu</u>
Stadtbezirksmanagement Mitte	11 01 80	11 01 71
Bezirksvertretung Mitte	11 01 90	11 01 73
Bezirkliches Grün Stadtbezirk Mitte	11 13 07	11 13 17.

Die entsprechenden Produktbeschreibungen sind redaktionell anzupassen.

2. Dem **Bezirkshaushalt 2019 mit den Erträgen und Aufwendungen bzw. Einzahlungen und Auszahlungen**
 - 2.1 mit Entscheidungsbefugnis der Bezirksvertretung Mitte (160E)
 - Anlage 1.1 der Vorlage
(s. Haushaltsplanentwurf Band II, Seite 1719 bis 1721)
 - 2.2 mit Mitwirkungsbefugnis der Bezirksvertretung Mitte (160M)
 - Anlage 1.2 der Vorlage
(s. Haushaltsplanentwurf Band II, Seite 1722 bis 1724)wird unter Berücksichtigung der in der Anlage 2 der Vorlage aufgeführten Veränderungen zugestimmt.
3. Den **Zielen und Kennzahlen** der Produktgruppen
 - 11.01.80 alt / 11.01.71 neu - Stadtbezirksmanagement Mitte
(s. Haushaltsplanentwurf Band II, Seite 261 bis 263)
 - 11.01.90 alt / 11.01.73 neu - Bezirksvertretung Mitte
(s. Haushaltsplanentwurf Band II, Seite 331 bis 333)
und
 - 11.13.07 alt / 11 13.17 neu - Bezirkliches Grün Stadtbezirk Mitte
(s. Haushaltsplanentwurf Band II, Seite 1569 bis 1571)wird mit den Änderungen laut Anlage 3 der Vorlage zugestimmt.
3. Die Sondermittel, die für 2019 für die Schulen eingeplant sind, können die jeweiligen Schulen eigenverantwortlich bewirtschaften.
- 4 Die Bezirksvertretung Mitte empfiehlt dem Rat, den Haushaltsplan 2019 mit den Plandaten 2019 bis 2022– bezogen auf den Stadtbezirk Mitte – entsprechend zu beschließen.

- einstimmig bei einigen Enthaltungen beschlossen -

Zu Punkt 17

Abbruch des ehemaligen Hausmeisterhauses, Drosselstr. 8

Beratungsgrundlage: Drucksachenummer: 7024/2014-2020

Über die Vorlage hinaus besteht kein weiterer Beratungsbedarf.

- Die Bezirksvertretung Mitte nimmt Kenntnis -

Zu Punkt 18

Namenszusatz für die Kunstrasenplätze im Stadion Rußheide

Beratungsgrundlage: Drucksachenummer: 7041/2014-2020

Über die Vorlage hinaus besteht kein weiterer Beratungsbedarf.

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Mitte stimmt der Umbenennung für die beiden Kunstrasenplätze im Stadion Rußheide in „LVM Arena auf der Rußheide“ zu.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 19

(zeitlich vor
TOP 6 behandelt)

Neuaufstellung des Bebauungsplanes Nr. III/3/102.00 "Wohnen Petristraße/Hakenort" für das Gebiet südöstlich der Kreuzung Petristraße/ Hakenort, östlich der Straße "Hakenort" und westlich der Kreuzung Heckstraße / Liebigstraße sowie 251. Änderung desFlächennutzungsplanes der Stadt Bielefeld "Herausnahme einer Straßenverkehrsstrasse (Straßennetz I. und II. Ordnung) zwischen Heeper Straße (L 778) im Süden und Herforder Straße (B61) im Norden" im Parallelverfahren gemäß § 8 (3) BauGB

- Stadtbezirk Mitte -

- Aufstellungsbeschluss, Änderungsbeschluss
- Beschluss zur Durchführung der Frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung

Beratungsgrundlage: Drucksachenummer: 7070/2014-2020

Herr Franz erklärt, dass drei Fraktionen den Wunsch geäußert hätten, die Vorlage in erster Lesung zu beraten.

Herr Plein (Bauamt) stellt den Bebauungsplanentwurf ausführlich vor und hebt dabei hervor, dass die ihm vorgelegte Unterschriftenliste und das Schreiben der Initiative Petristraße Nr. 2 im Rahmen des formalen Verfahrens als Beitrag aus der frühzeitigen Bürgerbeteiligung gewertet würden. Das Bebauungsplanverfahren sei ein Vollverfahren, das einen Erörterungstermin mit interessierten Bürgerinnen und Bürgern vorsehe. Nachdem der Aufstellungsbeschluss erfolgt sei, gäbe es die frühzeitige Bürgerbeteiligung mit der Möglichkeit, sich mündlich oder schriftlich zu äußern. Nach dem Entwurfsbeschluss würde auch noch einmal innerhalb einer eine Frist von vier Wochen die Bürgerschaft Anregungen und Stellungnahmen abgeben können. Der bisherige, rechtsverbindliche Bebauungsplan sei aus dem Jahr 1960. Dieser sehe noch die Errichtung einer Straßentrasse in dem Bereich, speziell genau auf bzw. über der Fläche des Hauses Petristraße Nr. 2, vor. Das Gebäude Petristraße Nr. 2 habe also seit über 50 Jahren auf Abbruch gestanden, was das Investitionsinteresse der Stadt Bielefeld erkläre. Das Planungsrecht habe einer Entwicklung entgegengestanden und nur eine Bestandserhaltung sinnvoll

erscheinen lassen. Im Jahr 2006 sei dann für einen Teilbereich diese Straßenplanung aufgehoben worden. Mit dem jetzt zu beratenden Bebauungsplan solle dann auch der restliche Teil dieser Straßenplanung für diesen Bereich aufgehoben werden. Der Bebauungsplan werde einen städtebaulichen Rahmen vorgeben, der das Maß der baulichen Nutzung beinhalte. Darin seien beispielsweise die Geschossflächenzahl, die Traufhöhen und die Dachneigung enthalten. Auf das Schreiben der Initiative eingehend berichtet er, dass der darin geforderte Rad- und Fußweg zwischen der Heckstraße und der Petristraße bereits in dem Vorentwurf enthalten sei. Mit einem Aufstellungsbeschluss für diesen Bebauungsplan böten sich auch für das Objekt Petristraße Nr. 2 mehrere Optionen, die sowohl den Erhalt als auch einen Neubau einschlossen. Der Bebauungsplan würde all dies zulassen, da er nur den städtebaulichen Rahmen vorgebe. Auch der von der Initiative entwickelte Ideenkatalog wäre mit dem neuen Bebauungsplan zulässig. Die textliche Festsetzung würde Anlagen für soziale Zwecke und Wohnen nicht ausschließen. Hinsichtlich des Wohnraums verdeutlicht er, dass bei geplanten 20 - 25 Wohneinheiten entsprechend dem 25%-Beschluss mindestens fünf Wohneinheiten nach den Bestimmungen für den sozialen Wohnungsbau errichtet würden. Man hätte dann praktisch die jetzt im Objekt Petristraße Nr. 2 liegende Anzahl und noch einmal zusätzlich 20 weitere Wohneinheiten. Sofern das Gebäude für die Nutzungsideen der Initiative saniert würde, müssten die aktuellen Vorschriften der Bauordnung beachtet werden. Hier stelle sich dann das Problem, gerade für die gemeinschaftliche Nutzung des Gebäudes barrierefreie Zugänge herzustellen. Für Konzerte, Filmabende oder Proberäume für Bands wären Fragen des Schallschutzes in einem allgemeinen Wohngebiet zu klären.

Herr Franz weist darauf hin, dass der Bebauungsplanentwurf weit über das Objekt Petristraße Nr. 2 hinaus gehe und nicht nur städtische, sondern auch private Flächen betreffe.

Herr Suchla gibt als Anregung in das Verfahren, zu prüfen, ob zumindest die Fassade des Objekts Petristraße Nr. 2 trotz der bekannten Fragen hinsichtlich des barrierefreien Zugangs erhalten bleiben könnte.

Herr Meichsner gibt zu bedenken, dass die Straßenplanung auch aus dem Flächennutzungsplan heraus genommen werden müsse. Änderungen des Flächennutzungsplans würden aber erfahrungsgemäß nicht zügig erfolgen. Hinsichtlich des in der Vorlage angesprochenen Gutachtens bitte er um Auskunft über Umfang und Zeitrahmen sowie um Beantwortung, wer die Kosten dafür trage. Er erwarte, dass der Erschließungsvertrag vor Unterzeichnung der Bezirksvertretung Mitte vorgelegt würde. Auch sei die genau Zahl an Wohneinheiten zu benennen.

Herr Gutknecht erklärt, dass sich seine Fraktion für einen quartiersgerechten Baukörper und eine sozialverträgliche Nutzung in Abhängigkeit von den Baukosten ausspreche.

Herr Ridder-Wilkens begrüßt die Vorschläge der Initiative Petristraße Nr. 2 und beantragt, eine Bürgerinformationsveranstaltung zu diesem Thema durchführen zu lassen.

Herr Meichsner bittet Herrn Ridder-Wilkens, seinen Antrag zu konkretisieren. Der Begriff der Bürgerinformationsveranstaltung sei juristisch festge-

legt und man befände sich in einem formellen Aufstellungsverfahren. Sollte diese Bürgerinformationsveranstaltung zur Bauleitplanung stattfinden, oder nur zum Objekt Petristraße Nr. 2, sei zu klären.

Frau Mertelsmann weist auf die hohe Verdichtung an dieser Stelle hin und dass schon sehr viel Grünfläche verloren gegangen sei. Dies müsse bei der Planung der Neubebauung mit noch mehr Wohneinheiten berücksichtigt werden.

Herr Tewes erklärt, dass der Bebauungsplan das Objekt Petristraße Nr. 2 in keiner Form betreffe. Er spreche sich daher dafür aus, die Diskussionen zum Bebauungsplanverfahren und über die Zukunft des Objekts Petristraße Nr. 2 zu trennen.

Zur Nachfrage von Herrn Meichsner verweist Herr Plein darauf, dass die genaue Zahl an Wohneinheiten von der Zukunft des Objekts Petristraße Nr. 2 abhängen und darum in der Vorlage zunächst nur auf 25 mögliche Wohneinheiten hingewiesen werde. Das Gutachten werde aus dem Etat des Bauamtes, gegebenenfalls aus dem Etat des Amtes für Verkehr, finanziert und bis zum Entwurfsbeschluss vorliegen. Es sei unüblich, zusätzlichen Verträge wie beispielsweise den von Herrn Meichsner angesprochene Erschließungsvertrag, in den politischen Gremien vorzustellen. Er werde die Anregung von Herrn Meichsner mitnehmen und im Bauamt weiter geben.

Auf Nachfrage von Herrn Ridder-Wilkens erklärt Herr Plein, dass das Grundstück Petristraße Nr. 2 nicht zwingend verkauft werden müsse. Dies sei aber nicht eine Frage der Bauleitplanung. Der Bebauungsplan gebe den städtebaulichen Rahmen vor und sage nichts über Eigentumsverhältnisse aus.

Herr Ridder-Wilkens nennt mehrere Planungen aus jüngerer Vergangenheit, zum Beispiel die Umgestaltung des Luttergrünzuges, für die eine Bürgerinformationsveranstaltung durchgeführt worden sei. Daher müsse es auch möglich sein, jetzt für diesen Tagesordnungspunkt eine Bürgerinformationsveranstaltung abzuhalten.

Herr Franz weist darauf hin, dass diese eingeforderte Bürgerinformationsveranstaltung definitiv kommen werde, aber erst nach dem Aufstellungsbeschluss. Eine Zwischenstufe habe es bisher nie gegeben.

Er stellt fest, dass sich die Bezirksvertretung Mitte mehrheitlich für eine Sitzungsunterbrechung ausspricht, damit die im Zuschauerraum anwesenden Bürgerinnen und Bürger eine Gelegenheit bekommen, ihre Vielzahl von Fragen an Herrn Plein zu richten.

- Sitzungsunterbrechung von 19:20 bis 19:30 Uhr -

Herr Ridder-Wilkens erklärt, dass er seinen Antrag aufrechterhalte, eine Bürgerinformationsveranstaltung durchzuführen.

Herr Meichsner erklärt, dass er die Beiträgen von Herrn Ridder-Wilkens dahingehend verstehe, dass dieser gar keine Bürgerinformationsveranstaltung zum gesamten Bebauungsplanverfahren wünsche, sondern allein das Objekt Petristraße Nr. 2 und dessen Zukunft in den Mittelpunkt der Gespräche stellen möchte. Dafür aber sei nicht das Bauamt, sondern das Dezernat 5 der richtige Ansprechpartner. Zu klären wäre dann auch, wie diese Leistungen, so sie denn erfüllbar seien, aus dem Budget des Sozialbereichs finanziert werden könnten, denn der Immobilienservicebetrieb sei dafür nicht zuständig.

Herr Franz verdeutlicht, dass die Fragen von Herrn Ridder-Wilkens nicht Gegenstand der Bauleitplanung seien. Den Beitrag von Herrn Meichsner aufgreifend schlägt er vor, das Dezernat 5 und den Sozial- und Gesundheitsausschuss zu bitten, einen Bürgerdialog zu Nutzungsmöglichkeiten des Gebäudes Petristraße 2 und dessen Umfeld zeitnah durchzuführen. Eine Bürgerinformationsveranstaltung zum Bebauungsplan werde ohnehin zusammen mit dem Aufstellungsbeschluss erfolgen.

Herr Gutknecht ergänzt, dass dort die notwendigen Kennzahlen vorlägen, sich die Bezirksvertretung Mitte heute aber mit dem Baurecht beschäftige.

Auf Vorschlag von Herrn Franz fasst die Bezirksvertretung Mitte folgenden

Beschluss:

Der Tagesordnungspunkt wird in erster Lesung behandelt.

Die Bezirksvertretung Mitte bittet den Sozial- und Gesundheitsausschuss und die Fachabteilungen des Dezernats 5, die Vorschläge für ein Gemeinschaftszentrum im Gebäude Petristraße Nr. 2 zu prüfen und zeitnah einen Bürgerdialog zur weiteren Nutzung und zu Perspektiven für das Haus Petristraße Nr. 2 und das dortige Quartier durchzuführen.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 20

Benennung und Umbenennung von Plätzen nach den verstorbenen Altbundeskanzlern Helmut Kohl und Helmut Schmidt

Beratungsgrundlage: Drucksachenummer: 7053/2014-2020

Der Tagesordnungspunkt wurde abgesetzt.

-.-.-

Zu Punkt 21

Fällung von Eschen und Neugestaltung der Promenade durch eine Eichenallee

Beratungsgrundlage: Drucksachenummer: 7108/2014-2020

Herr Franz hält fest, dass sich die Bezirksvertretung Mitte gegen eine zu massive Anpflanzung in Form eines „Palisadenwaldes“ ausspricht.

Beschluss:

Der Neugestaltung der Promenade mit Fällung der pilzbefallenen Eschen und der Neupflanzung einer Allee mit 89 Traubeneichen in zwei Bauabschnitten wird in der vorgestellten Form zugestimmt.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 22

Bericht zur Umsetzung der Konzepte "Umnutzung der ehemaligen Flüchtlingsunterkunft an der Ernst-Rein-Straße" und "Drogenkonsumraum im Drogenhilfezentrum"

Beratungsgrundlage: Drucksachenummer: 7111/2014-2020

Über die Vorlage hinaus besteht kein weiterer Beratungsbedarf.

- Die Bezirksvertretung Mitte nimmt Kenntnis -

-.-.-

Zu Punkt 23

Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der Verwaltung zum Sachstand

Zu Punkt 23.1

**Prüfergebnis Fahrradbügel Feilenstraße
Beschluss-Controlling Nr. 37 zur Drucksachenummer 6184/2014-2020**

Das Amt für Verkehr berichtet:

Die Bezirksvertretung Mitte hat in ihrer Sitzung am 22.02.2018 folgenden Beschluss gefasst:

Die Verwaltung wird gebeten zu prüfen, inwieweit die Anzahl der vorhandenen Fahrradbügel im Bereich der Feilenstraße erhöht werden kann. Hier besteht insbesondere vor und im direkten Umfeld des Hauses Feilenstraße 2-4 mit Kino und den verschiedenen Theatern ein erhöhter Bedarf. Dabei ist auch zu prüfen ob Flächen der Stadt Bielefeld im Innenhof des Hauses Feilenstraße 2-4 in Frage kommen.

Im direkten Umfeld des Hauses Feilenstraße 2-4 befinden sich acht Fahrradbügel. Die Schaffung weiterer Fahrradbügel

an dieser Stelle ist ohne die Reduzierung von Kfz-Stellplätzen nicht möglich. Auf der gleichen Straßenseite befinden sich sieben weitere Fahrradbügel vor dem Haus Feilenstraße Nr. 10 - 12. Dort ist eine Erhöhung der Anzahl an Fahrradbügeln aus Platzgründen nicht möglich.

Auf der gegenüberliegenden Straßenseite sind weitere vier Fahrradbügel in direkter Nähe zur Quermöglichkeit der Feilenstraße vor dem Haus Nr. 5 aufgestellt. Hier ist eine Erweiterung der Anzahl an Fahrradbügeln nicht möglich. Im weiteren Verlauf in Richtung Bahnhofsstraße befinden sich weitere 14 Fahrradbügel, auch hier scheidet aus Platzgründen die Aufstellung weiterer Fahrradbügel aus.

Im Radverkehrskonzept, welches sich aktuell in der Erstellung befindet, wird unter anderem die Situation der Fahrradabstellanlagen betrachtet. Eventuell ergeben sich dadurch weitere Möglichkeiten zur Schaffung von Fahrradabstellplätzen. Dazu kann zum jetzigen Zeitpunkt noch keine Aussage getroffen werden. Insoweit ist diese Mitteilung als Zwischennachricht zu sehen. Wir werden weiter berichten.

Über die Möglichkeit der Nutzung des Innenhofes gibt es separat eine Aussage des Immobilienservicebetriebes. Hiernach können dort keine Fahrradabstellplätze für die Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt werden, da dieser in den Abendstunden und am Wochenende durch ein Tor verschlossen wird.

Herr Gutknecht bittet, das Ergebnis der Prüfung auch an die Betreiber des Kinos „Kamera“ weiter zu leiten.

- Die Bezirksvertretung Mitte nimmt Kenntnis -

-.-.-

Zu Punkt 23.2

Beleuchtungsstelen in der Altstadt

Herr Franz erklärt, dass sich die Bezirksvertretung Mitte dafür ausspreche, einmal ein Muster dieser neuen Leuchtstelen aufzustellen, damit die Wirkung und Leuchtqualität im Einsatz vor Ort beurteilt werden könne. Herr Gutknecht ergänzt, dass eine Information über den Standort der Stele genüge, ein Ortstermin sei nicht erforderlich.

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Mitte bittet die Verwaltung, eine Probeinstallation mit den geplanten Leuchtmitteln an einer Stele vorzubereiten und darüber entsprechend zu informieren.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 23.3 Freihalten von Baumscheiben bei Sondernutzungen

Herr Gutknecht erinnert an den Beschluss der Bezirksvertretung Mitte zu TOP 5.2 der Sitzung am 2. März 2017, der die Verwaltung gebeten und beauftragt hatte, bei der Vergabe von Sondernutzungen, speziell im außergastronomischen Bereich, auf das Freihalten von Baumscheiben und Wurzelpodesten zu achten. Dieser Beschluss werde von der Verwaltung weder umgesetzt noch kontrolliert.

- Die Bezirksvertretung Mitte nimmt Kenntnis -

-.-.-

[nichtöffentlicher Teil]

Hans-Jürgen Franz

Heiko Tobien